



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Petycja do Parlamentu w Wiedniu dotycząca pragmatyki służbowej urzędników państwowych z akademickim wykształceniem

Liczba stron oryginału

8

Liczba plików skanów

9

Liczba plików publikacji

9

Sygnatura/numer zespołu

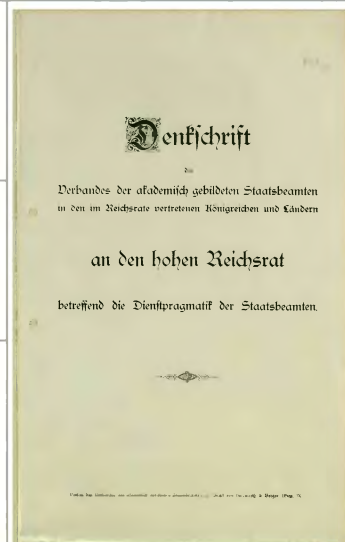
TR 070.003

Data wydania oryginału

1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



70.3. / 11

enkschrift

des

Verbandes der akademisch gebildeten Staatsbeamten
in den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern

an den hohen Reichsrath

betreffend die Dienstpragmatik der Staatsbeamten.



Anläßlich der bevorstehenden Beratung und Beschlußfassung über die Beamtenvorlage gestattet sich der Verband der akademisch gebildeten Staatsbeamten in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern als Zentralorganisation aller zur Gruppe A gehörenden Beamten (das ist der Beamten mit vollständiger Hochschulbildung) auf die ungünstigen Verhältnisse dieser Beamten aufmerksam zu machen, die besonderen Wünsche derselben dem hohen Reichsrate zur Kenntnis zu bringen und zu bitten, es mögen diesen Wünschen, die auf das reiflichste erwogen und im Interesse des Zustandekommens der Dienstpragmatik auf das notwendigste eingeschränkt wurden, Rechnung getragen werden.

Die Wünsche der akademisch gebildeten Staatsbeamten betreffen insbesondere: 1. Die Zeitvorrückung, 2. das Pensionsrecht, und 3. die Verjeßbarkeit.

1. Zeitvorrückung.

Die Teuerung und die Lage der akad. gebildeten Staatsbeamten.

Die Teuerung, die sich gegenwärtig auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Verkehrs geltend macht, hat die Lage der auf feste Bezüge Angewiesenen zu einer überaus schwierigen gestaltet. Diese Erscheinung macht sich bei den Staatsbeamten besonders fühlbar, weil deren Bezüge schon früher unzureichend waren und unter den heutigen Verhältnissen mit denselben noch weniger das Auskommen gefunden werden kann. Unter den Staatsbeamten werden aber diejenigen mit akademischer Vorbildung von der Teuerung am härtesten betroffen, weil diese vielfach größere Auslagen haben, wie die übrigen Staatsbeamten, in ihren Bezügen aber nicht besser gestellt sind als letztere. Früher wurde dieses Mißverhältnis teilweise dadurch ausgeglichen, daß die akademisch gebildeten Staatsbeamten wenigstens ein besseres Avancement hatten. In den letzten Jahren haben sich aber die Vorrückungsverhältnisse bei diesen Beamten in allen Ressorts außerordentlich ver schlech tert, und zwar in solchem Grade, daß die akademisch gebildeten Staatsbeamten heute zur Erlangung einer bestimmten Rangsklasse fast doppelt so lange Zeit brauchen, wie vor 10 oder 15 Jahren. Da bekanntlich die Erlangung höherer Bezüge derzeit an die Erreichung höherer Rangsklassen geknüpft ist, so erleiden die akademisch gebildeten Staatsbeamten infolge der langamen Vorrückung eine bedeutende materielle Einbuße und es ist Tatsache, daß diese Beamten heute trotz der in den Jahren 1898 und 1907 vorgenommenen Gehaltsregulierungen auf den einzelnen Lebensstufen geringere Bezüge haben wie vor 15 Jahren. Hierbei kann auch nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, wie sehr heutzutage die Bezüge der Staatsbeamten mit Abzügen für Steuern, Pensionsbeiträgen, Dienstreisen u. dgl. belastet sind, wodurch sich das effektive Einkommen noch bedeutend verringert.

Es ist nicht zu verwundern, daß unter diesen Umständen die wirtschaftliche Lage der akademisch gebildeten Staatsbeamten eine überaus ungünstige geworden ist, daß die Verschuldung bei ihnen einen bedenklichen Umfang annimmt, daß infolge der Unmöglichkeit, bei ihren Bezügen in jüngeren Jahren einen Hausstand zu gründen, die Anzahl der unverheirateten Beamten immer mehr zunimmt und sich überhaupt alle Anzeichen einer sozialen und wirtschaftlichen Deklassierung dieses Standes bemerkbar machen.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten haben wiederholt versucht, in den einzelner Ressorts Stellenvermehrungen, bzw. Statusregulierungen zu erwirken und eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Sie haben dabei die große Bedeutung ihrer Stellung im Organismus des Staates und die Wichtigkeit ihrer Dienstleistung geltend gemacht, sie haben daran erinnert, daß sie stets unter den schwierigsten und ungünstigsten Verhältnissen, mit größter Uneigennützigkeit und Selbstaufopferung ihre Kräfte dem Staate gewidmet und das Wohl desselben gefördert haben. Sie haben auch darauf hingewiesen, daß in den letzten zwei Dezennien der Umfang der Verwaltungsagenten bedeutend zugenommen hat, ohne daß die Anzahl der Verwaltungsbeamten entsprechend vermehrt worden wäre, daß der Verwaltungsapparat sich immer mehr kompliziert und daß infolge dessen an die Leistungsfähigkeit und Arbeitskraft dieser Beamten immer größere Anforderungen gestellt werden, während die Bezüge immer geringer und unzureichender werden.

Leider aber sind alle diese Bemühungen fruchtlos geblieben, ja die Verhältnisse haben sich sogar noch immer mehr verschlechtert.

Die Zeitvorrückung nach dem Regierungsentwurfe.

Die einzige Möglichkeit, diesen traurigen Zuständen einigermaßen abzu helfen, bietet nunmehr lediglich die baldige Einführung des Zeitavancements. Allerdings wird die Zeitvorrückung nur dann die erhoffte Wirkung haben, wenn die Fristen

für dieselbe in entsprechender Weise festgesetzt werden. Dies ist aber leider in den beiden Regierungsentwürfen der Dienstpragmatik nicht der Fall gewesen. In diesen Entwürfen sind die akademisch gebildeten Staatsbeamten sowohl an und für sich als auch im Verhältnisse zu den anderen Gruppen von Staatsbeamten überaus ungünstig behandelt worden.

Nach den Regierungsentwürfen würden die akademisch gebildeten Staatsbeamten mit 15 Jahren die Bezüge der VIII. Rangklasse und mit 23, beziehungsweise 22 Jahren die der VII. Rangklasse erreichen, das heißt sie würden ungefähr mit 40 Lebensjahren einen Gehalt von 3600 K und mit 48 Lebensjahren einen Gehalt von 4800 K erlangen. Der erreichbare Höchstgehalt, der aber erst unmittelbar vor der Pensionierung anfallen würde, würde 6000 K betragen. Es muß wohl jedermann zugeben, daß diese Bezüge für Akademiker unzulänglich sind. Solche Bezüge reichen ja heutzutage nicht einmal hin, um die Kosten des Haushaltes einer kleinen Familie zu decken.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten haben gehofft, daß bei Festsetzung ihrer Bezüge auf ihre qualifizierte, schwierige und verantwortungsvolle Dienstleistung und ihre soziale Stellung werde Rücksicht genommen werden, daß sie in ihren Bezügen auch eine Deckung finden werden für die Kosten der Vorbildung und den späten Eintritt in den Staatsdienst und endlich für die erhöhten Auslagen, die ihnen in mancher Beziehung erwachsen. Vergleicht man die Bezüge, die die Hochschüler in anderen öffentlichen Diensten in Oesterreich, zum Beispiel beim Magistrat, im Landesdienste oder im Staatsdienste anderer Länder, zum Beispiel in Deutschland, im Wege der Zeitvorrückung erlangen, so sieht man, wie überaus ungünstig die Vorlage für die akademisch gebildeten Staatsbeamten Oesterreichs ist.

Allerdings erklärt die Regierung, daß die obigen Bezüge nur das Mindesteinkommen darstellen, da die angegebenen Fristen nur die Maximalfristen sind, welche die Beamten bloß in dem Falle zur Gänze abwarten müßten, wenn sie nicht im Wege der freien Beförderung früher in höhere Rangklassen gelangen. Es ist aber zweifellos, daß nach Einführung des Zeitavancements die freie Beförderung bei den Beamten der Landesstellen nur in sehr geringem Umfange oder gar nicht stattfinden wird, weil infolge der ungünstigen Statusverhältnisse in allen Ressorts die Anzahl der freiverwendenden Stellen in keinem Verhältnisse steht zur Anzahl der Amdärter auf diese Stellen und weil die Systemisierung neuer Stellen in Zukunft noch schwieriger zu erreichen sein wird als gegenwärtig. Wenn die Regierung insbesondere behauptet, daß die Verhältnisse dort, wo sie derzeit besser sind, auch in Zukunft besser bleiben werden, dort aber, wo sie schlechter sind, in Zukunft werden verbessert werden, so können die akademisch gebildeten Staatsbeamten diesen Optimismus nicht teilen. Es ist vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß die Verhältnisse dort, wo sie derzeit besser sind, durch die Vorlage eine Verschlechterung erleiden werden, wo sie aber schon derzeit so schlecht sind, wie in der Vorlage angenommen ist, dort dürfte eine Verbesserung so gut wie ausgeschlossen sein. Daß dem so ist, das zeigt die Erfahrung der letzten zwei Jahre, in denen bereits mit Rücksicht auf die bevorstehende Einführung des Zeitavancements in allen Ressorts die Reorganisationen entweder ganz ausgeblieben sind oder auf ein Minimum reduziert wurden. Die oben angegebenen Bezüge würden also das normale Einkommen der akademisch gebildeten Staatsbeamten in Oesterreich darstellen. Daß unter solchen Umständen diese Beamten geradezu proletarisiert würden, ist wohl jedermann einleuchtend. Es wird dies auch seitens der Regierung nicht verkannt. Sie wendet aber ein, daß die Vorlage nicht ein Gehaltsgesetz sei und nicht den Zweck habe, die Bezüge der Beamten zu verbessern, sondern daß dadurch nur die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden sollen. Dies würde zutreffen, wenn das Zeitavancement vor Jahren eingeführt worden wäre, als nur ein Teil der akademisch gebildeten Staatsbeamten von der Ungunst der Verhältnisse betroffen war. Dadurch aber, daß die Verwirklichung des Zeitavancements sich so sehr verzögert hat und inzwischen eine allgemeine Verschlechterung der Vorrückungsverhältnisse und dazu noch eine so enorme Teuerung eingetreten ist, ist die ungünstige Lage bei diesen Beamten eine allgemeine geworden und es ist die Regelung der Vorrückungsverhältnisse nunmehr in weit größerem Umfange erforderlich als ursprünglich.

Aber nicht nur an und für sich, sondern auch im Verhältnisse zu den anderen Gruppen von Beamten sind die Akademiker in den beiden Entwürfen überaus ungünstig behandelt worden. Während nämlich bei den anderen Gruppen behufs Festsetzung der Fristen ein verhältnismäßig günstiges Durchschnittsavancement zugrunde gelegt wurde, sind bei der Gruppe A die schlechtesten der bestehenden Avancementsverhältnisse zur Grundlage genommen worden. Die Folge davon ist, daß bei den anderen Gruppen ein großer Teil der Beamten von der Einführung des Zeitavancements nach dem Regierungsentwurfe einen Vorteil haben würde, während dieser Entwurf für die Beamten der Gruppe A nicht nur keine Verbesserung, sondern eine allgemeine Verschlechterung, zumindest aber eine Stabilisierung der bestehenden ungünstigen Verhältnisse nach sich ziehen würde. Diese ungleichartige Behandlung würde aber weiters zur Folge haben, daß die akademisch

**Die Zeitvorrückung nach
dem Antrage der aka-
demisch gebildeten
Staatsbeamten.**

gebildeten Staatsbeamten in ihren Bezügen fast gar nicht besser gestellt sein würden als die anderen Beamten. Wenn man zum Beispiel die Bezüge vergleicht, welche die Beamten der Gruppe A und die der Gruppe C (Beamten mit Mittelschulbildung) auf den einzelnen Lebensstufen erlangen, so ergibt sich bei Berücksichtigung des späteren Eintrittes in den Staatsdienst, daß die Hochschüler bis zum 54. Lebensjahre auf gleichen Lebensstufen die gleichen oder sogar noch geringere Bezüge haben würden, als die Mittelschüler und daß die Summe der Bezüge bei den letzteren bis zum 54. Lebensjahre um mehr als 4000 K größer wäre als bei den ersteren. Das erwähnte Mißverhältnis ist bekanntlich im zweiten Entwurfe der Dienstpragmatik noch verschärft worden, indem die Fristen für die Gruppe A gegenüber dem ersten Entwurfe nur um 1 Jahr, die der anderen Gruppen dagegen um 2 und sogar 3 Jahre abgekürzt wurden. Die akademisch gebildeten Staatsbeamten wünschen selbstverständlich auch den anderen Gruppen, daß sie ausreichende Bezüge erlangen, sie müssen aber für sich beanspruchen, daß sie in ihren Bezügen gegenüber den anderen Gruppen entsprechend hervorgehoben werden und daß bei Festsetzung ihrer Bezüge auch die besonderen Verhältnisse, die bei ihnen bestehen und auf die schon oben hingewiesen wurde, Rücksicht genommen werde.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten einzelner Kategorien haben bereits vor Jahren ein Schema für das Zeitavancement aufgestellt, durch welches ihnen eine ihren besonderen Verhältnissen entsprechende Besoldung gewährleistet werden würde. Dieses Schema wurde bei der Tagung der akademisch gebildeten Staatsbeamten am 17. April 1910 von den Vertretern aller Kategorien von Staatsbeamten mit akademischer Vorbildung (Ärzten, Juristen, Philosophen und Technikern) einhellig angenommen und von dem im Vorjahre gegründeten, alle diese Kategorien umfassenden Verbands der akademisch gebildeten Staatsbeamten in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern vertreten.

Dieses Schema lautet:

Beförderung in die X. Rangsklasse nach 3 Jahren.					
Erlangung der IX. Rangsklasse nach weiteren 4 Jahren.					
"	"	VIII.	"	"	5 "
"	"	VII.	"	"	6 "
"	"	VI.	"	"	7 "

Es würde sonach die VIII. Rangsklasse mit 12 (im Regierungsentwurfe mit 15), die VII. Rangsklasse mit 18 (im Regierungsentwurfe mit 22) und die VI. Rangsklasse (im Regierungsentwurfe überhaupt nicht vorgesehen) mit 25 Jahren erreicht werden.

Bei der seinerzeitigen Aufstellung dieses Schemas wurden die durchschnittlichen Avancementsverhältnisse zugrunde gelegt, wie sie vordem, das ist vor ungefähr 10 Jahren, bestanden haben. Hierbei hat man sich auch an die Fristen und Gehaltsätze jenes Zeitavancements angelehnt, welches den Staatslehrpersonen bereits durch das Gesetz vom 19. September 1898 (R. G. Bl. Nr. 173) zuteil geworden war, indem von der Ansicht ausgegangen wurde, daß das, was den Mittelschulprofessoren bereits im Jahre 1898 zugestanden wurde, wohl auch den akademisch gebildeten Staatsbeamten nicht vorenthalten werden sollte. Das aufgestellte Schema kann demnach nicht als eine übermäßige Forderung angesehen werden; bilden ja doch die Fristen desselben das Mindestmaß dessen, was diese Beamten verlangen können, um einer ihrer Dienstleistung entsprechenden und nach den gegenwärtigen Verhältnissen für den Lebensunterhalt ausreichenden Besoldung teilhaftig zu werden. Die akademisch gebildeten Staatsbeamten würden bei diesen Fristen mit 28 Lebensjahren einen Gehalt von 2200 K, mit 32 Lebensjahren einen Gehalt von 2800 K, mit 37 Lebensjahren einen Gehalt von 3600 K, mit 43 Lebensjahren einen Gehalt von 4800 K und mit 50 Lebensjahren einen Gehalt von 6400 K erlangen. Das sind gewiß Bezüge, die nicht als übermäßige bezeichnet werden können.

Wenn die akademisch gebildeten Staatsbeamten insbesondere auf die Erreichung der Bezüge der VI. Rangsklasse im Wege der Zeitvorrückung anstreben, so geschieht dies deshalb, weil erst die Bezüge dieser Rangsklasse ausreichend sind, um nebst der Deckung der Kosten des Haushaltes auch eine Entschädigung für die oben erwähnten besonderen Aufwendungen zu gewährleisten. Den Staatslehrpersonen ist ja deshalb im Jahre 1898 auch die Erlangung der Bezüge der VI. Rangsklasse weniger 200 K im Wege der Zeitvorrückung zugestanden worden (nach dem neuen Entwurfe der Dienstpragmatik für die Staatslehrpersonen werden diese die vollen Bezüge der VI. Rangsklasse im Wege der Zeitvorrückung erlangen). Auch bei anderen Gruppen von Beamten mit Hochschulbildung, zum Beispiel den Eisenbahnjuristen und -technikern, den Landeskonzepsbeamten, ist der erreichbare Höchstgehalt ein ähnlicher. In Preußen erlangen die Verwaltungsbeamten im

Wege der Zeitvorrückung sogar einen Höchstgehalt von 7200 Mk. = 8640 K. Wenn seitens der Regierung darauf hingewiesen wird, daß ja die akademisch gebildeten Staatsbeamten die VI. Rangklasse im Wege der freien Beförderung erlangen können, so muß bemerkt werden, daß in manchen Ressorts überhaupt keine Stellen der VI. Rangklasse systemisiert sind und in anderen Ressorts die Anzahl solcher Stellen im Verhältnisse zu der Anzahl der Beamten in den unteren Rangklassen so gering ist, daß nur die wenigsten Beamten diese Rangklasse erreichen können, umso mehr, als diese Stellen vielfach durch Einschübe aus den Ministerien weggenommen werden. Auch der Einwand, daß es sich bei der VI. Rangklasse um leitende Stellen handelt, auf welche die Ernennung nur durch Se. Majestät erfolgen kann, ist nicht stichhältig, da nicht die Rangklasse selbst, sondern nur die Bezüge dieser Rangklasse erreicht werden sollen. Das Verlangen nach Erreichung der VI. Rangklasse im Wege der Zeitvorrückung erscheint auch gerechtfertigt, wenn berücksichtigt wird, daß bei der Gruppe D die Erreichung der VIII. Rangklasse zugestanden wurde, obwohl bei diesen Beamten bisher Stellen der VIII. Rangklasse nur in sehr geringem Umfang systemisiert sind und von diesen Beamten nur wenige bisher diese Rangklasse erreicht haben.

Schließlich wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach dem Antrage des Staatsangestelltenausschusses den Beamten der Gruppe B die Erreichung der VII. Rangklasse nach einer zehnjährigen in der achten Rangklasse verbrachten Wartefrist zugesprochen wurde und die akademisch gebildeten Staatsbeamten sonach mit Recht verlangen können, daß ihnen die Erreichung der VI. Rangklasse nach angemessener Frist zuerkannt werde.

Die Zeitvorrückung nach dem Antrage des Staatsangestelltenausschusses.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten verkennen keinesfalls, daß die Erfüllung ihrer Wünsche mit Mehrauslagen verbunden ist. Sie haben aber eben in voller Würdigung dieses Umstandes ihre Petita auf das möglichste eingeschränkt. Die Mehrkosten, die auf die akademisch gebildeten Staatsbeamten entfallen, sind inselgedessen verhältnismäßig gering und fallen nicht sehr ins Gewicht. Hierbei ist aber noch zu berücksichtigen, daß infolge der mehrerwähnten Einschränkung in der Vornahme von Neu-systemisierungen und Ernennungen bei den akademisch gebildeten Staatsbeamten in den letzten Jahren große Ersparnisse erzielt wurden und deshalb jetzt ein größerer Aufwand notwendig ist, als es sonst der Fall gewesen wäre. Im übrigen muß betont werden, daß eine solche Auslage nicht unproduktiv sein würde, da durch eine wirtschaftliche Besserstellung der akademisch gebildeten Staatsbeamten deren Leistungsfähigkeit gesteigert und das Ansehen dieser Beamten und damit auch das Ansehen der Staatsverwaltung gehoben werden würde, ein Umstand, der insbesondere im Hinblick auf die immer zunehmende Anzahl und Kompliziertheit der Agenden, sowie mit Rücksicht auf die bevorstehende Verwaltungsreform von großer Bedeutung ist.

In voller Würdigung dieser Umstände hat deshalb auch der Staatsangestellten-Ausschuß des früheren Abgeordnetenhauses den akademisch gebildeten Staatsbeamten die Fristen nach dem obigen Schema zugebilligt und auch der Staatsangestellten-Ausschuß des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses hat die Berechtigung dieser Forderungen anerkannt und denselben bei seinem ersten Beschlusse in dankenswerter Weise stattgegeben, indem er in seinem Antrag für die Gruppe A das erwähnte Schema (ausgenommen die Erlangung der Bezüge der VI. Rangklasse) aufgenommen hat. Leider aber hat sich die Regierung den diesbezüglichen Anträgen des Staatsangestellten-Ausschusses gegenüber ablehnend verhalten und es sind dann im Wege des Kompromisses, wie bekannt, für die Gruppe A die Fristen 5 Jahre in der X., 6 Jahre in der IX. und 6 Jahre in der VIII. Rangklasse festgesetzt worden.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten können sich begreiflicherweise mit diesen Fristen nicht zufriedenstellen, da dadurch keine Verbesserung ihrer Verhältnisse, sondern eine Verschlechterung derselben, zumindest aber eine Stabilisierung der bestehenden ungünstigen Verhältnisse herbeigeführt werden würde. Die akademisch gebildeten Staatsbeamten müssen vielmehr in pflichtgemäßer Wahrung ihrer Interessen und der Würde ihres Standes und behufs Herbeiführung einer entsprechenden Bewertung ihrer Dienstleistung auf ihren Forderungen bestehen und sie richten an den hohen Reichsrat die dringende Bitte, die Fristen für die Gruppe A entsprechend dem von den akademisch gebildeten Staatsbeamten einhellig aufgestellten Schema

herabzumindern, damit auch diese Beamten von der Vorlage einen Vorteil haben und eine ihrer Vorbildung, ihrer sozialen Stellung und ihrer Dienstleistung entsprechende Besoldung erlangen.

2. Koalitionsrecht.

Was die Frage des Koalitionsrechtes anbelangt, so müssen die akademisch gebildeten Staatsbeamten wie alle anderen Beamtengruppen sich mit aller Entschiedenheit gegen die im § 32 der Vorlage in Aussicht genommene Beschränkung der Vereinsbetätigung aussprechen. Diese Bestimmung ist geeignet, unter Umständen jede, auch die in den Grenzen der Loyalität sich haltende Vereinstätigkeit der Beamtenschaft lahmzulegen und das durch das Staatsgrundgesetz gewährleistete Vereinsrecht völlig illusorisch zu machen. Für den Fall, daß ein Beamter bei seiner Vereinsbetätigung sich Pflichtverletzungen oder Standeswidrigkeiten zu Schulden kommen läßt, ist durch den § 31 der Vorlage, insbesondere in der vom Staatsangestelltenausschusse angenommenen Fassung, hinlänglich Sorge getragen. Eine Beschränkung des Koalitionsrechtes der Staatsbeamten, wie sie seitens der Regierung geplant ist, dürfte in keinem anderen Staate außer in Bayern bestehen und ist auch in Bayern seinerzeit nur in beschränktem Umfange und in ganz anderem Sinne eingeführt worden.

3. Versetzbarkeit.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten müssen endlich auch gegen die im § 82 normierte, völlig freie, durch keine Kantelen beschränkte und an keine territoriale Grenzen gebundene Versetzbarkeit Stellung nehmen. Diese Bestimmung hebt alle Vorteile, die im V. Abschnitte der Vorlage hinsichtlich der Abwendung der Pflichtverletzungen den Beamten in Aussicht gestellt sind, wieder auf. Die Versetzung, besonders von der Stadt aufs Land oder in entfernte Kronländer, kann eine viel empfindlichere Benachteiligung sein als manche der im § 113 vorgesehenen Disziplinarstrafen, zum Beispiel der Ausschließung von der Vorrückung in höhere Bezüge oder der Minderung der Bezüge. Diese Strafen dürfen aber nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und auf Grund eines besonderen Verfahrens, sowie höchstens auf die Dauer von 3 Jahren verhängt werden. Nach der Bestimmung des § 82 aber hätte es die Regierung in der Hand, mißliebige Beamte ohne jedes Verfahren und ohne daß der Beamte auch nur gehört wird, ohne jede territoriale oder zeitliche Einschränkung zu versetzen und den Beamten dadurch schwer und oft für sein ganzes Leben zu schädigen. Die Möglichkeit einer Versetzung wäre für die Beamten eine ständige Gefahr und könnte unter Umständen von ganz unrufer Seite als Agitations- oder Pressionsmittel mißbraucht werden. Und sie würde den Beamten jenes moralischen Haltes berauben, der zu einer gedeihlichen Wirksamkeit innerhalb seines Amtsprengels und zum Wohle der Bevölkerung notwendig ist.

Die akademisch gebildeten Staatsbeamten hoffen, daß der hohe Reichsrat die vorstehenden Ausführungen würdigen und den berechtigten, bescheidenen und leicht erfüllbaren Wünschen dieser Gruppe von Beamten Rechnung tragen wird. Handelt es sich doch hier um jene Organe, die die Repräsentanten der Staatsautorität und die Träger der Verwaltung sind, handelt es sich doch um einen Stand, dessen Erhaltung und wirtschaftliche Konsolidierung für Staat und Gesellschaft von größter Bedeutung ist. Würde dieser Stand auf eine tiefere Stufe herabsinken und der drohenden Proletarisierung anheimfallen, so würde darunter in erster Linie das Ansehen der Staatsverwaltung in hohem Grade leiden, es würde dadurch aber auch eine Verschiebung in der Struktur der Gesellschaft und eine bedenkliche Störung des sozialen Gleichgewichtes hervorgerufen werden.

Es würde dies aber auch eine Entwertung der Hochschulstudien im Staatsdienste bedeuten und die akademisch gebildeten Staatsbeamten, besonders die tüchtigeren Kräfte, würden in noch größerem Umfange als dies schon derzeit beobachtet werden kann, jede sich darbietende Gelegenheit ergreifen, um den Staatsdienst zu verlassen, der ihre Arbeitsleistung in so geringem Maße honoriert. Dies wäre aber insbesondere mit Rücksicht auf die bevorstehende Verwaltungsreform sehr zu bedauern. Denn diese wird

zweifellos an die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbeamten besondere Anforderungen stellen, wie ja diese überhaupt an der Umsetzung dieser Bestrebungen in die Praxis den hervorragendsten Anteil haben werden. Die akademisch gebildeten Staatsbeamten stehen der Verwaltungsreform nicht abgeneigt gegenüber. Sie wollen gerne dieses große Werk fördern und seine Durchführung ermöglichen. Sie müssen aber verlangen, daß sie vorher materiell sichergestellt und von den Sorgen um ihre Stellung und wirtschaftliche Lage befreit werden, damit sie sich voll und ganz den Aufgaben, die ihnen zukommen, widmen können.

Der Verband der akademisch gebildeten Staatsbeamten richtet daher an den hohen Reichsrat in dieser für die fernere Zukunft dieser Beamten entscheidenden Stunde die dringendste Bitte, in Berücksichtigung der traurigen Lage, in Anerkennung der sozialen Stellung und in Würdigung der schwierigen und verantwortungsvollen Dienstleistung der akademisch gebildeten Staatsbeamten deren Wünsche zu erfüllen, ihren Stand zu heben und ihnen die langentbehrte Sicherheit in ihrer Lebensstellung zu gewähren.